Deutscher Bundestag Drucksache **14/7042**
14. Wahlperiode 05. 10. 2001

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 11. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Problem und Ziel

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Eigentumsschutz und Entschädigungspflicht im Falle von Enteignungen sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 4. Oktober 2001

022 (432) –651 09 – Ka 126/01

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 11. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Der Bundesrat hat in seiner 767. Sitzung am 27. September 2001 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 11. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Algier am 11. März 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage sowie dem Notenwechsel vom 17. Mai/17. Oktober 2000 wird zugestimmt. Das Abkommen, das Protokoll sowie der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 11 Abs. 2, das Protokoll und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Abkommen vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 11 Abs. 2, das Protokoll und der Notenwechsel in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Algerien schafft.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République Algérienne Démocratique et Populaire relatif à l'encouragement et à la protection réciproques des investissements

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Demokratische Volksrepublik Algerien –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine gegenseitige Förderung und ein gegenseitiger Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative von Staatsangehörigen und Gesellschaften zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsprechend ihrer Gesetzgebung angelegt werden, insbesondere
   a) Eigentumsrechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen und andere dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
   b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
   c) Ansprüche auf Geld, das angelegt wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
   d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
   e) Rechte aus öffentlich-rechtlichen Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

   eine Änderung der Form, in der die unter dieser Nummer genannten Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinne, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

La République fédérale d'Allemagne

et

La République Algérienne Démocratique et Populaire,

désireuses d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

soucieuses de créer des conditions favorables aux investissements des nationaux ou sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat,

reconnaissant qu'un encouragement et une protection réciproques de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée des nationaux et sociétés et d'augmenter la prospérité des deux peuples,

sont convenues de ce qui suit:

Article 1

1. Au sens du présent Accord,

1) le terme «investissement» désigne tout élément d'actif investi par des nationaux ou sociétés d'une partie contractante sur le territoire et conformément à la législation de l'autre partie contractante, notamment:
   a) les droits de propriété sur les biens meubles et immeubles et autres droits réels tels que les hypothèques et gages;
   b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participation à des sociétés;
   c) les créances relatives à des capitaux qui ont été investis pour créer une valeur économique ou les créances relatives à des prestations présentant une valeur économique;
   d) les droits de propriété intellectuelle, en particulier les droits d'auteur, brevets, modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, noms commerciaux, secrets d'entreprise et d'affaires, procédés techniques, savoir faire et good will;
   e) les droits liés à des concessions de droit public, y compris les concessions de prospection et d'exploitation;

   toute modification d'investissement des éléments d'actif mentionnés à l'alinéa 1 du présent paragraphe, n'affecte pas leur qualification d'investissement;
2) le terme «revenu» désigne toutes les sommes produites pour une période déterminée au titre d'un d'investissement, telles que les bénéfices, dividendes, intérêts, royalties ou autres rémunérations;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, in bezug auf die Demokratische Volksrepublik Algerien natürliche Personen mit algerischer Staatsangehörigkeit;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft, die nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei gegründet worden ist und ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat.

(2) Das Abkommen findet Anwendung in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien und in den jenseits der Hoheitsgewässer gelegenen Meereszonen, über die die jeweilige Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen und fördern und sie in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle einer Wiederanlage auch die darauf anfallenden Erträge genießen den gleichen Schutz wie die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommene Kapitalanlage.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei insbesondere hinsichtlich der Verwaltung, Verwendung, des Gebrauchs und der Nutzung ihrer Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in oder der Assoziierung mit einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

(4) Diese Behandlung bezieht sich auch nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Tag entspre-

3) le terme «nationaux» désigne les personnes physiques possédant pour la République Algérienne Démocratique et Populaire la nationalité algérienne et pour la République fédérale d’Allemagne la nationalité allemande au sens de la loi Fondamentale pour la République fédérale d’Allemagne;

4) le terme «société» désigne toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autres sociétés, constituées conformément à la législation en vigueur de la partie contractante en question et ayant son siège sur le territoire de celle-ci.

2. Le présent Accord s’applique au territoire de chacune des parties contractantes ainsi qu’aux zones maritimes situées au delà de la limite des eaux territoriales, et sur lesquelles chacune des parties contractantes exerce respectivement, conformément au droit international, des droits souverains ou juridictionnels.

Article 2

1. Chaque partie contractante admet et encourage sur son territoire, conformément à sa législation, les investissements des nationaux et sociétés de l’autre partie contractante et leur accorde, dans chaque cas, un traitement juste et équitable.

2. Aucune des parties contractantes ne doit entraver, moyennant des mesures arbitraires ou discriminatoires, l’administration, l’utilisation, l’usage ou la jouissance des investissements des nationaux ou sociétés de l’autre partie contractante sur son territoire.

3. Les revenus de l’investissement et en cas de réinvestissement les revenus y relatifs bénéficient de la même protection que l’investissement réalisé conformément à la législation de la partie contractante concernée.

Article 3

1. Chaque partie contractante accorde, sur son territoire, aux investissements des nationaux et sociétés de l’autre partie contractante, un traitement non moins favorable que celui réservé aux investissements de ses propres nationaux ou sociétés ou de ceux de pays tiers.

2. Chaque partie contractante accorde sur son territoire, aux nationaux et sociétés de l’autre partie contractante, en ce qui concerne notamment l’administration, l’utilisation, l’usage et la jouissance de leurs investissements, un traitement non moins favorable que celui réservé à ses propres nationaux et sociétés ou aux nationaux et sociétés d’Etats tiers.

3. Ce traitement ne s’étend pas aux privilèges consentis par une partie contractante aux nationaux ou sociétés d’Etats tiers en raison soit de son appartenance à une union douanière ou économique, un marché commun ou une zone de libre échange, soit de son association avec l’un ou l’autre de ces derniers.

4. Le traitement accordé par le présent article ne s’étend pas non plus aux avantages accordés par une partie contractante aux nationaux ou sociétés d’Etats tiers en vertu d’un accord sur la double imposition ou de tout autre arrangement dans le domaine fiscal.

Article 4

1. Les investissements des nationaux et sociétés d’une partie contractante jouiront sur le territoire de l’autre partie contractante d’une protection et d’une sécurité intégrales.

2. Les investissements des nationaux ou sociétés d’une partie contractante ne pourront faire l’objet, sur le territoire de l’autre partie contractante, d’une expropriation, nationalisation, ou d’autres mesures dont les effets seraient équivalents à ceux d’une expropriation ou d’une nationalisation, que pour des raisons d’utilité publique et contre indemnisation. L’indemnisation devra correspondre à la valeur de l’investissement exproprié à

chen, an dem die tatsächliche oder beschlossene Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige und Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder solche dritter Staaten. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei, die in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen tätigen, den freien Transfer, insbesondere

a) des zur Durchführung, Aufrechterhaltung oder Ausweitung einer Kapitalanlage erforderlichen Kapitals in das Land, in dem die Kapitalanlage belegen ist;

b) der Erträge aus der Kapitalanlage;

c) der Rückzahlung auf gewährte Gesellschafterdarlehen im Rahmen der Durchführung oder Erweiterung einer Kapitalanlage;

d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;

e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen und der in Artikel 6 vorgesehenen Zahlungen.

(2) Die in Absatz 1 und in Artikel 6 vorgesehenen Transferierungen erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage belegen ist.

(3) Dieser Kurs darf nicht wesentlich von dem Wechselkurs abweichen, der sich aus dem Kreuzkursverhältnis zum US-Dollar auf den Devisenmärkten des Landes, in dem die Kapitalanlage getätigt ist, und des Landes, in dessen Währung der Transfer durchgeführt werden soll, ergibt.

(4) Die Transferierungen werden in einer Frist von höchstens zwei Monaten nach Einreichung eines formgerechten Antrags durchgeführt.

Artikel 6

(1) Leistet eine Vertragspartei oder die von ihr benannte Einrichtung („erste Vertragspartei“) eine Schadenersatzzahlung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei („zweite Vertragspartei“), so erkennt die zweite Vertragspartei unbeschadet der Rechte der ersten Vertragspartei aus Artikel 9 folgendes an:

a) die Abtretung aller Rechte und Forderungen der Staatsangehörigen und Gesellschaften der ersten Vertragspartei an diese kraft Rechtsvorschrift oder Rechtsgeschäfts;

b) das Recht der ersten Vertragspartei, in die genannten Rechte und Forderungen einzutreten und diese im gleichen Umfang wie die Staatsangehörigen und Gesellschaften der ersten Vertragspartei geltend zu machen.

la veille du jour auquel l’expropriation, la nationalisation ou la mesure semblable, effective ou décidée a été rendue publique. L’indemnité devra être versée sans délai et elle produira, jusqu’à la date de versement, des intérêts calculés au taux bancaire usuel; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard au moment de l’expropriation, de la nationalisation ou de l’exécution de la mesure semblable, il devra être pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l’indemnité. La légalité de l’expropriation, de la nationalisation ou de la mesure semblable et le montant de l’indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

3. Les nationaux et sociétés d’une partie contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l’effet d’une guerre ou autre conflit armé, d’une révolution, d’un état d’urgence national ou d’une émeute sur le territoire de l’autre partie contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres contreparties, d’un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres nationaux ou sociétés ou à ceux d’Etats tiers. De tels versements devront être librement transférables.

Article 5

1. Chaque partie contractante garantit aux nationaux et sociétés de l’autre partie contractante, qui réalisent des investissements sur son territoire, le libre transfert notamment:

a) des capitaux nécessaires à la réalisation, au maintien ou au développement de l’investissement, vers le pays de localisation dudit investissement;

b) des revenus de l’investissement;

c) du remboursement des prêts consentis par les associés à la société dans le cadre de la réalisation ou du développement de l’investissement;

d) du produit de la cession ou liquidation totale ou partielle de l’investissement;

e) des indemnités prévues à l’article 4, et des paiements prévus à l’article 6 du présent Accord.

2. Les transferts visés au paragraphe premier du présent article et à l’article 6, sont effectués sans délai au taux de change officiel à la date de ceux-ci dans l’Etat sur le territoire duquel l’investissement est localisé.

3. Ce taux de change ne devra pas différer sensiblement du taux de change qui résulte d’une relation croisée avec le dollar des Etats-Unis d’Amérique tel que coté sur les marchés des changes du pays d’accueil de l’investissement et du pays dans la monnaie duquel le transfert est effectué.

4. Les transferts sont effectués dans un délai maximum de deux (02) mois, à partir de la date de dépot du dossier dûment constitué.

Article 6

1. Si l’une des parties contractantes ou l’organisme désigné par ladite partie («la première partie contractante») effectue un paiement à titre d’indemnité versée pour un investissement réalisé sur le territoire de l’autre partie contractante («la seconde partie contractante»), la seconde partie contractante reconnaît sans préjudice des droits de la première partie contractante visés à l’article neuf (9) du présent Traité:

a) la cession en faveur de la première partie contractante de par la législation ou de par un acte juridique de tous les droits et créances des nationaux et sociétés de la première partie contractante;

b) le droit de la première partie contractante d’être subrogée dans lesdits droits et créances ainsi que d’exercer ces droits et de revendiquer ces créances dans la même mesure que les nationaux et sociétés de la première partie contractante.

(2) Die erste Vertragspartei hat auf alle Fälle Anspruch auf

a) Gleichbehandlung hinsichtlich der durch die Abtretung erworbenen Rechte und Forderungen;

b) alle aufgrund der genannten Rechte und Forderungen geleisteten Zahlungen im Zusammenhang mit der Kapitalanlage und den entsprechenden Erträgen, auf die die Staatsangehörigen und Gesellschaften der ersten Vertragspartei nach diesem Abkommen Anspruch hatten.

2. La première partie contractante a droit en toutes circonstances:

a) au même traitement en ce qui concerne les droits et créances acquis par elle en vertu de la cession, et

b) à tous paiements reçus au titre desdits droits et créances que les nationaux et sociétés de la première partie contractante avaient droit à recevoir en vertu du présent Accord pour l'investissement concerné et les revenus correspondants.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die für beide Vertragsparteien verbindlich sind, für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als in diesem Abkommen vorgesehen, so wird diese günstigere Behandlung angewandt.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Article 7

1. S'il résulte de la législation d'une partie contractante ou d'engagements liant les deux parties en vertu d'accords internationaux, qu'un traitement plus favorable que celui prévu au présent Accord est accordé aux investissements des nationaux ou sociétés de l'autre partie contractante, il sera fait application de ce traitement plus favorable.

2. Chaque partie contractante respectera toute autre obligation dont elle aura convenu, relative à des investissements de nationaux ou sociétés de l'autre partie contractante sur son territoire.

Artikel 8

Dieses Abkommen gilt auch für Angelegenheiten, die in diesem Abkommen geregelt sind und sich nach seinem Inkrafttreten in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben. Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Article 8

Le présent Accord s'applique également aux faits couverts par cet Accord qui sont postérieurs à son entrée en vigueur et qui concernent des investissements que les nationaux ou sociétés d'une partie contractante ont réalisés, avant l'entrée en vigueur du présent Accord, sur le territoire de l'autre partie contractante en conformité avec la législation en vigueur de cette dernière partie contractante. Le présent Accord ne sera pas applicable aux différends dont la naissance est antérieure à la date de sa mise en vigueur.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sind, soweit möglich, zwischen den Vertragsparteien auf diplomatischem Wege beizulegen.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht selbst; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann in Ausnahmefällen eine andere Kostenregelung treffen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

Article 9

1. Tout différend entre les parties contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Accord doit être réglé autant que possible par voie diplomatique, par les deux parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux parties contractantes.

3. Le Tribunal d'Arbitrage sera constitué «ad hoc»; chaque partie contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme Président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux parties contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux (02) mois, le Président dans un délai de trois (03) mois après que l'une des parties contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

4. Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque partie contractante peut inviter le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas ou le Président serait ressortissant de l'une des deux parties contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison il appartiendrait au vice-président de procéder aux nominations. Si le vice-président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux parties contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des parties contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

5. Le Tribunal d'Arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque partie contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre arbitre ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le Tribunal d'Arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les deux parties contractantes. Le Tribunal d'Arbitrage pourra en raison de circonstances exceptionnelles, fixer un autre mode de règlement concernant les dépenses. Le Tribunal d'Arbitrage fixera lui même sa procédure.

(6) Dieses Abkommen läßt Artikel 27 des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unberührt. Im Fall der Übertragung von Rechten und Forderungen nach Artikel 6 dieses Abkommens auf eine Vertragspartei bleibt es dieser unbenommen, das in diesem Artikel vorgesehene Schiedsgericht anzurufen.

6. Les dispositions du présent Accord s'appliquent sans préjudice des dispositions de l'article 27 de la Convention pour le Règlement des Différends Relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'Autres Etats du 18 mars 1965. En cas de subrogation d'une partie contractante, conformément à l'article 6 du présent Accord, cette partie contractante est libre de saisir le Tribunal d'Arbitrage visé au présent article.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Wenn eine Meinungsverschiedenheit nach Ablauf einer Frist von mindestens sechs Monaten nach ihrer Geltendmachung nicht durch innerstaatliche oder andere Verfahren gütlich beigelegt worden ist und der betreffende Staatsangehörige oder die betreffende Gesellschaft einen entsprechenden Antrag stellt, wird sie einem Schiedsgericht unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Article 10

1. Les différends relatifs à des investissements et survenant entre l'une des parties contractantes et un national ou une société de l'autre partie contractante devraient, autant que possible, être réglés à l'amiable ente les parties au différend.

2. Si à l'expiration d'un délai minimum de six (06) mois à compter de la date à laquelle le différend aura été soulevé, ledit différend n'aura pas été réglé par la voie amiable, par l'utilisation des voies de recours internes ou autres, et si le national concerné ou la société concernée le demande, il sera soumis à arbitrage. A moins que les parties au différend n'en conviennent autrement, le différend sera soumis à une procédure d'arbitrage dans le cadre de la Convention pour le Règlement des Différends Relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'Autres Etats du 18 mars 1965.

3. La sentence arbitrale sera obligatoire et ne pourra faire l'objet de plaintes ou recours autres que ceux prévus par la convention susmentionnée. Elle sera exécutée conformément au droit national.

4. Au cours d'une procédure d'arbitrage ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, la partie contractante partie au différend ne soulèvera aucune exception tirée du fait que le ressortissant ou la société de l'autre partie contractante a été dédommagé partiellement ou intégralement par une assurance.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Article 11

1. Le présent Accord sera ratifié; l'échange des instruments aura lieu aussitôt que possible.

2. Le présent Accord entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix (10) ans et sera prolongé par la suite pour une durée illimitée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des parties contractantes sous réserve d'un préavis de douze (12) mois avant son expiration. A l'expiration de la période de dix (10) ans, le présent Accord pourra être dénoncé à tout moment sous réserve d'un préavis de douze (12) mois.

3. Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 10 ci-dessus resteront encore applicables pendant vingt (20) ans à partir de la date d'expiration du présent Accord.

Geschehen zu Algier am 11. März 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Alger, le 11 mars 1996 en deux originaux en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Werner Hoyer

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien
Pour la République Algérienne Démocratique et Populaire
Lahcène Moussaoui

Protokoll zum Abkommen über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Abkommens gelten:

1. Als „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d sind der Allgemeinheit nicht zugängliche Informationen oder Kenntnisse, die nicht unter einen der anderen in jenem Artikel genannten Bereiche fallen, wie Kenntnisse von technischen Betriebsabläufen, Kundenkarteien, Bezugsquellenlisten, Bildarchive, Datensammlungen, Unterlagen der Geschäfts- oder Personalführung anzusehen.

   Die Vertragsparteien sind sich darin einig, daß der Investor die Grundlagen für die Wertermittlung eines Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses überzeugend darzulegen hat.

2. a) Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere folgendes anzusehen: Einschränkungen beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

   b) Artikel 3 verpflichtet eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Staatsangehörigen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Staatsangehörige und Gesellschaften auszudehnen.

   c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Staatsangehörige der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

3. Ein Anspruch eines Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der einen Vertragspartei auf Entschädigung besteht auch in den Fällen, in denen andere als die in Artikel 4 genannten Maßnahmen von der anderen Vertragspartei ergriffen werden und die Kapitalanlage dadurch in ihrer finanziellen Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

4. Als „Angelegenheit“ im Sinne des Artikels 8 gelten die materiellen Bestimmungen der Artikel 2 bis 10.

Protocole additif à l’Accord relatif à l’encouragement et à la protection réciproques des investissements

Lors de la signature de l’Accord entre la République fédérale d’Allemagne et la République Algérienne Démocratique et Populaire, relatif à l’encouragement et à la protection réciproques des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des dispositions suivantes qui seront considérées comme formant partie intégrante de l’Accord.

1. Seront considérés comme «secret d’entreprise et d’affaires» au sens de la lettre (d) de l’alinéa 1 du paragraphe premier de l’article 1er, les informations et connaissances inaccessibles au public et qui ne relèvent d’aucun des autres domaines mentionnés dans ledit article, telles que connaissances sur le fonctionnement technique de l’entreprise, fichiers de clients, listes de fournisseurs, archives photographiques, fichiers de données ainsi que documents sur la gestion et le personnel de l’entreprise.

   Les parties contractantes conviennent qu’il appartient à l’investisseur de produire des éléments probants permettant l’évaluation du secret d’entreprise et d’affaires.

2. a) Seront considérées comme traitement «moins favorable» au sens de l’article 3 notamment: toute restriction des fournitures de matières premières et consommables, des fournitures en énergie et de combustibles ainsi que d’outillage et de moyens de production de toute sorte, toute entrave à la vente des produits à l’intérieur et à l’extérieur du pays ainsi que toute autre mesure ayant un effet similaire. Toute mesure prise en raison de la sécurité et de l’ordre publics, de la santé publique ou des bonnes mœurs ne représente pas un traitement «moins favorable» conformément à l’article 3.

   b) Les dispositions de l’article 3 n’obligent pas une partie contractante, qui conformément à sa législation fiscale consentirait des allégements fiscaux, exemptions et abattements d’impôts aux seuls nationaux et sociétés résidant sur son territoire, à étendre ces avantages aux nationaux et sociétés résidant sur le territoire de l’autre partie contractante.

   c) Dans le cadre de leurs réglementations nationales, les parties contractantes examineront favorablement les demandes d’entrée et de séjour dans le pays de l’une des parties contractantes faites par des nationaux de l’autre partie contractante qui désirent y entrer ou séjourner dans le cadre d’un investissement; il en est de même pour tout national de l’une des parties contractantes qui désire entrer ou séjourner sur le territoire de l’autre partie dans le cadre d’un investissement afin d’y exercer une activité de salarié. Les demandes de permis de travail seront également examinées favorablement.

3. Le droit à indemnisation peut être également revendiqué par un national ou une société d’une partie contractante dans le cas où des mesures autres que celles prévues à l’article 4, prises par l’autre partie contractante, affectent considérablement l’investissement dans sa substance financière.

4. Seront considérées comme «faits» au sens de l’article 8 du présent Accord, les dispositions matérielles des articles 2 à 10 de l’Accord.

5. Dieses Abkommen gilt auch in den in Artikel 63 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge genannten Fällen uneingeschränkt fort.

6. Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Geschehen zu Algier am 11. März 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

5. Les dispositions du présent Accord continuent d’être pleinement applicables dans les cas prévus par l’article 63 de la Convention de Vienne sur le Droit des Traités, signée le 23 mai 1969.

6. S’agissant de transports de biens ou de personnes dans le cadre d’un investissement, l’une des parties contractantes n’exclura et n’entravera pas les sociétés de transport de l’autre partie contractante et autorisera, le cas échéant, la réalisation des transports.

Fait à Alger, le 11 mars 1996, en deux originaux en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d’Allemagne
Werner Hoyer

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien
Pour la République Algérienne Démocratique et Populaire
Lahcène Moussaoui

République Algérienne
Démocratique et Populaire

Ministère des Affaires Etrangères Alger, le 17 mai 2000

Excellence,

Me référant à nos discussions précédentes, et dans le souci de mettre en adéquation les textes en langues arabe, allemande et française du «Traité entre la République Algérienne Démocratique et Populaire et la République Fédérale d'Allemagne, relatif à l'encouragement et à la protection réciproques des investissements», signé à Alger le 11 mars 1996, j'ai l'honneur de vous proposer d'apporter les rectifications ci-après aux textes arabe, allemand, et français dudit traité:

I/Dans le texte en langue arabe:

1/Article 1er:

a) Alinéa 1er, point d):

– à remplacer l'expression «good will», à la 3ème ligne, par: «الشهرة التجارية».

II/Dans le texte en langue allemande:

1/Titre:

a) Appellation:

– à remplacer l'expression «Vertrag» par «Abkommen» dans l'ensemble du texte.

III/Dans le texte en langue française:

1/Titre:

a) Appellation:

– à remplacer l'expression «traité» par «accord» dans l'ensemble du texte.

Je vous saurais gré de bien vouloir me confirmer l'accord de votre gouvernement sur ce qui précède et vous propose de considérer la présente note ainsi que la note de réponse de Votre Excellence comme étant un arrangement entre nos deux Etats sur les textes de l'accord en langues arabe, allemande et française qui font également foi, lequel arrangement fera foi ab initio, à partir de la date d'entrée en vigueur de l'accord du 11 mars 1996.

Veuillez agréer, Excellence, les assurances de ma très haute considération.

Le Secrétaire Général
Abdelmadjid Fasla

Son Excellence,
Monsieur Rudolf Steffen,
Ambassadeur de la République Fédérale d'Allemagne

Alger

(Übersetzung)

Demokratische Volksrepublik Algerien

Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten Algier, den 17. Mai 2000

Exzellenz,

unter Bezugnahme auf unsere vorangegangenen Besprechungen und in dem Bestreben, den deutschen, arabischen und französischen Wortlaut des „Vertrags zwischen der Demokratischen Volksrepublik Algerien und der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen“, der am 11. März 1996 in Algier unterzeichnet wurde, in Übereinstimmung zu bringen,

beehre ich mich, Ihnen folgende Berichtigungen des deutschen, arabischen und französischen Wortlauts des Vertrags vorzuschlagen:

I – Im arabischen Wortlaut:

1. Artikel 1

a) Absatz 1 Buchstabe d:

– Ersetzung des Ausdrucks „good will“ in Zeile 3 durch „الشهرة التجارية“.

II – Im deutschen Wortlaut:

1. Titel:

a) Bezeichnung:

– Ersetzung des Ausdrucks „Vertrag“ durch „Abkommen“ im gesamten Text.

III – Im französischen Wortlaut:

1. – Titel:

a) Bezeichnung:

– Ersetzung des Ausdrucks „traité“ durch „accord“ im gesamten Text.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit dem Vorstehenden bestätigen würden, und schlage Ihnen vor, diese Note sowie die Antwortnote Eurer Exzellenz als eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Staaten über die Wortlaute des Abkommens in deutscher, arabischer und französischer Sprache, die gleichermaßen verbindlich sind, zu betrachten. Diese Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des genannten Abkommens vom 11. März 1996 an ab initio verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Generalsekretär
Abdelmadjid Fasla

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Rudolf Steffen

Algier

L'Ambassadeur de la
République fédérale d'Allemagne Alger, le 17. Octobre 2000

Monsieur le Secrétaire général,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note n° 02/144 en date du 17 mai 2000 par laquelle, vous référant au Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République algérienne démocratique et populaire relatif à l'encouragement et à la protection réciproques des investissements, en date du 11 mars 1996, vous proposez de conclure un arrangement entre la République fédérale d'Allemagne et la République algérienne démocratique et populaire. Votre note est rédigée comme suit dans sa version convenue:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

J'ai l'honneur de vous faire savoir que la République fédérale d'Allemagne accepte les propositions contenues dans votre note. Votre note et la présente note de réponse constituent donc un arrangement entre nos deux États qui entre en vigueur en même temps que l'Accord du 11 mars 1996 entre la République fédérale d'Allemagne et la République algérienne démocratique et populaire relatif à l'encouragement et à la protection réciproques des investissements.

Veuillez agréer, Monsieur le Secrétaire général, l'assurance de ma très haute considération.

Hans Peter Schiff
Ambassadeur de la
République fédérale d'Allemagne

Monsieur Abdelmadjid Fasla
Secrétaire général
du Ministère des Affaires étrangères
de la République algérienne démocratique et populaire

Alger

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland Algier, den 17. Oktober 2000

Herr Generalsekretär,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note Nr. 02/144 vom 17. Mai 2000 zu bestätigen, mit der Sie unter Bezugnahme auf den Vertrag vom 11. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien vorschlagen. Ihre Note lautet in vereinbarter Fassung wie folgt:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis der Bundesrepublik Deutschland zu den in Ihrer Note enthaltenen Vorschlägen mitzuteilen. Ihre Note und diese Antwortnote bilden somit eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Staaten, die zusammen mit dem Abkommen vom 11. März 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Hans Peter Schiff
Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

An den Generalsekretär
des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
der Demokratischen Volksrepublik Algerien
Herrn Abdelmadjid Fasla

Algier

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluss von Investitionsförderungsabkommen. Sie dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Das Abkommen mit Algerien ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Investitionsgarantien des Bundes gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitonsförderungs- und -schutzabkommen besteht.

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Algerien entspricht im Wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage entsprechender Abkommen mit anderen Entwicklungsländern ist.

II. Besonderes

Das Abkommen besteht aus 11 Artikeln; ihm sind ein Protokoll und ein Notenwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“ sowie „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Es wird weiterhin festgelegt, dass das Abkommen auch in den jenseits der Hoheitsgewässer gelegenen Meereszonen gilt, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

In Protokollnummer 1 werden die in Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe d genannten „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ näher definiert.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs- und Zulassungsklausel sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Dabei genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 2 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Abkommen unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 2 Buchstabe b stellt klar, dass die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 2 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitsgenehmigung im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz sowie die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Eine Entschädigungspflicht besteht gemäß Protokollnummer 3 auch bei staatlichen Eingriffen in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Weiterhin enthält die Vorschrift Bestimmungen über den anzuwendenden Wechselkurs, das Transferverfahren und die dabei zu beachtende Frist.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, dass die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor. Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, dass sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 8

In Bezug auf Angelegenheiten, die in dem Abkommen geregelt sind, gilt dieses auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind. Es gilt jedoch nicht für Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind. In Protokollnummer 4 wird nochmals darauf hingewiesen, dass vorgenannte „Angelegenheiten“ die materiellen Bestimmungen der Artikel 2 bis 10 sind.

Zu Artikel 9

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens vor.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Können diese nicht binnen einer Frist von sechs Monaten gütlich beigelegt werden, hat der Investor das Recht, den Streit durch ein im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten zu bildendes Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Der Schiedsspruch ist bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Zu Artikel 11

Das Abkommen steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt das Abkommen zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Abkommens vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Abkommens sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 5 die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten, und in Nummer 6 ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zum Notenwechsel

Mit Notenwechsel vom 17. Mai/17. Oktober 2000 wird auf algerischen Wunsch die Bezeichnung des Vertrags in „Abkommen“ geändert und die arabische Übersetzung des Begriffs „Goodwill“ modifiziert.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333